

# Was wir unseren Soldaten schuldig sind

**Eine Demokratie hat die Menschen zu achten die sie in ihren Krieg schickt**

Von Michael Kleeberg

Die Ereignisse bei Kundus, die jetzt zur Entlassung des ehemaligen Verteidigungsministers geführt haben, rufen bei mir, der ich mich im letzten Jahr intensiv mit Kriegstraumata beschäftigt habe, ganz andere Fragen hervor als die momentan öffentlich diskutierten. Ich muß nämlich in erster Linie an die deutschen Soldaten in Afghanistan denken.

Man weiß spätestens seit dem Golfkrieg von 1991, daß Kriegserfahrungen viele Soldaten krank machen, der Name, der sich für das, was noch im Ersten Weltkrieg „shell shock“ genannt wurde, eingebürgert hat, ist PTBS, das Posttraumatische Belastungssyndrom.

Wir dürfen getrost davon ausgehen, daß die deutschen Soldaten in Afghanistan, die durch ihr unklares Mandat gezwungen sind, abzuwarten, bis man versucht, sie umzubringen, bevor sie daran denken dürfen, ihre Haut zu retten, massenhaft Kandidaten für dieses Krankheitsbild sind.

Ich gehe - naiver weise, wird vielleicht mancher behaupten - davon aus, daß die Bundeswehr keine blindwütigen Schlächter zu Offizieren macht. Einer dieser Offiziere hat nun in kürzester Zeit zu entscheiden gehabt, ob er angesichts eines von Taliban gestohlenen Tanklasters, der, zur Waffe umfunktioniert, eine potentielle Gefahr für viele bedeutet hätte, mit Blick auf die Bilder der Nachtkameras, die zahlreiche um diesen steckengebliebenen LKW wuselnde Gestalten erkennen ließen, einen Trupp seiner Soldaten, für deren Leib und Leben er verantwortlich war, dort zu Aufklärungszwecken hinschicken sollte - im Wissen wohlgerne, daß diese Soldaten sich erst wehren dürfen, wenn auf sie geschossen wird, oder ob er diesen Lastwagen aus der Luft vernichten lassen sollte. Ersteres hätte mit einiger Wahrscheinlichkeit zu toten deutschen Soldaten geführt, bei letzterem lag das Risiko darin, daß sich unvorsichtige Zivilisten unter die Taliban gemischt hatten, um Benzin zu klauen.

Ich gestehe, angesichts dieser Alternativen ist mir zum ersten Mal das schreckliche Wort vom Einkalkulieren von Kollateralschäden einsichtig geworden.

Wir reden momentan viel von den getöteten Taliban und den afghanischen Zivilisten, wir reden gar nicht von den vielleicht geretteten deutschen Soldaten. Wir reden aber auch nicht von den toten deutschen Soldaten. Und wir reden nicht von dem, was in den Köpfen dieser Soldaten vorgehen muß, die sich vor solche Alternativen gestellt sehen, ohne daß irgendwer in der Heimat ihnen Hilfe und Verständnis entgegenbringt, mit Ausnahme vielleicht der Psychologen in den Bundeswehrkrankenhäusern und Lazaretten, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit auch bei uns bereits Traumatherapie leisten.

Es ist höchste Zeit, daß dieser Staat die volle Verantwortung für seine Entscheidungen übernimmt. Und zwar gegenüber seinen sogenannten Staatsbürgern in Uniform, nicht nur gegenüber seinen Bündnispartnern und der Bevölkerung des Kriegsgebietes. Es ist aber auch höchste Zeit, daß diese Gesellschaft genau das lautstark verlangt.

Entweder wir haben als demokratisches Land eine demokratische Armee, dann sollte die Tätigkeit unserer Soldaten gewürdigt und geschätzt werden, oder wir glauben, daß Soldaten etwas per se Udemokratisches sind und schämen uns ihrer, dann sollten wir die Bundeswehr schließen.

Was nicht geht, ist der halbherzige Schlingerkurs, der auf halber Strecke abgebrochene Weg hin zu internationaler Verantwortung, die Tatsache, daß wir Soldaten in ein Kampfgebiet schicken und zugleich zu vertuschen suchen, daß es sie gibt und was sie dort durchmachen. Wir haben Pflichten gegenüber den Staatsbürgern, die wir in Afghanistan und in Zukunft womöglich noch anderswo im Namen unserer Demokratie in Lebensgefahr bringen.

Wenn wir schon die unsägliche Rechtslage nicht ändern wollen, in der sich jeder einzelne Soldat in einem Krieg befindet, der offiziell nicht Krieg genannt werden darf und daher bei jedem womöglich über Leben und Tod entscheidenden Entschluß, den er trifft, vor einem deutschen Gericht angeklagt werden kann, dann müssen wir zumindest dafür sorgen, daß diese Soldaten nicht der verlegenen verleugneten gesellschaftlichen Ausschuß bleiben, der sie momentan sind.

Der Preis, den dieses Land mittelfristig zahlen wird, wenn Hunderte oder Tausende kriegstraumatisierter Soldaten, die niemals öffentliche Anerkennung für ihr Tun, für ihre Lage bekommen haben, irgendwann durch den Hinterausgang ins Zivilleben entlassen werden, wird hoch sein. Wir müssen nur dahin blicken, wohin wir, um Orientierung bemüht, immer blicken, in die USA. Depressive Veteranen, Veteranen, die in die Asozialität absteigen, suizidgefährdete Veteranen, potentiell gemeingefährliche Veteranen, virtuelle Amokläufer. Und das in einem Land, das seine toten Soldaten immerhin ehrt und seine überlebenden mittlerweile flächendeckend therapiert. Was wird sein in einem Land wie Deutschland, das sie gesellschaftlich verachtet und ihre Existenz und ihr Leiden verleugnet?

Wenn die absurde Behauptung, die deutsche Demokratie werde am Hindukusch verteidigt, nach wie vor die Leitlinie unserer Außenpolitik bildet, dann möchte ich jeden einzelnen der Menschen, die am Hindukusch für die deutsche Demokratie gefallen sind, mit seinem Namen und seinem Bild auf den Titelseiten der deutschen Zeitungen sehen. Dann erwarte ich, daß sie nicht, peinlich bemüht, jedes Aufhebens zu vermeiden, in irgendwelchen Hinterhöfen verscharrt werden, während zugleich der Selbstmord eines Fußballspielers öffentliche Trauerdemonstrationen, ein halbes Staatsbegräbnis und eine gesellschaftliche Diskussion über die Ursachen seines Todes nach sich zieht.

Dieser Staat muß Verantwortung übernehmen nicht nur gegenüber der Bevölkerung des Kriegsgebiets sondern auch gegenüber seinen Bürgern in Umform.

Der Autor ist Schriftsteller und lebt in Berlin.

©2009 PMG Presse Monitor

Artikel: Die Welt/Allgemeine Ausgabe

Vom 30.11.2009, Seite 23

Verbreitet durch Bundesministerium der Verteidigung, Presse- und Informationsstab